

Judikaturpanel - Relevante Entscheidungen anderer Gerichte

Mag. Viktoria Haidinger, LL.M. | WKÖ
Datenschutz NEU, 17.12.2018

OGH: Kopp(e)lung

31. 8. 2018, 6 Ob 140/18h

- **Sachverhalt:**
 - Klauselentscheidung.
 - Einholung der Einwilligung zu Webezwecken iZm einem Vertragsabschluss.
- **Entscheidung:**
 - Koppelung widerspricht im Zweifel Freiwilligkeit, besondere Umstände können für Freiwilligkeit sprechen.
 - Einholung via AGB möglich, keine Hervorhebung notwendig.
 - Widerspricht ua EDSA, Leitlinien zur Einwilligung.

OGH: Fahrgestellnummer (1)

13. 8. 2018, 14 Os 103/02

- **Sachverhalt:**
 - Veröffentlichung einer finanzstrafrechtlichen Entscheidung im RIS.
 - Darin enthalten waren Fahrgestellnummern mehrerer PKW, deren Verzollung Gegenstand der Abgabenhinterziehung war.
 - Der nunmehrige verkaufswillige Eigentümer (der mit dem seinerzeitigen Angeklagten nicht identisch war) stellte Antrag auf nachträgliche Anonymisierung sämtlicher Fahrgestellnummern.
 - Die Kaufinteressenten wären infolge der Veröffentlichung im RIS „naturgemäß sehr verunsichert“.

OGH: Fahrgestellnummer (2)

- **Entscheidung:**
 - Fahrgestellnummern sind im Katalog des § 15 Abs 4 OGHG nicht enthalten, da dieser nur Namen, Anschriften und sonstige Orts- und Gebietsbezeichnungen.
 - Sehr formelles Argument?
 - Die Fahrgestellnummer eines PKW stellt idR kein personenbezogenes Datum iSd Art 4 Z 1 DSGVO dar.
 - Begründung fehlt.
 - Kann eine Fahrgestellnummer mit angemessenem Aufwand einer Person zugeordnet werden?

OGH: Seltener Name

11. 10. 2018, 12 Ns 29/18p

- **Sachverhalt:** Im RIS veröffentlichte Strafsentscheidung betreffend Unzucht mit Unmündigen enthielt den seltenen Vornamen und das Geburtsdatum des Opfers. Dieses beantragte Entfernung bzw Anonymisierung.
- **Entscheidung:** Auch bei Anonymisierung des Vornamens sowie der bloßen Angabe des Geburtsjahres ist Nachvollziehbarkeit gegeben.
 - Geburtsjahr → Delikt

EuGH: Zeugen Jehovas (1)

10. 7. 2018, C-25/17

- **Sachverhalt:** Datenerhebung im Zuge der Verkündigungstätigkeit der Zeugen Jehovas von Tür zu Tür.
 - Erging noch zur DS-RL, ist aber gut auf die DSGVO übertragbar.
- **Entscheidung:**
 - Tätigkeit der Mitglieder ist keine Verarbeitung durch natürliche Personen zu ausschließlich persönlichen oder familiären Zwecken.

EuGH: Zeugen Jehovas (2)

- Bei nicht elektronischer Speicherung der Daten ist für die Erfüllung des Begriffs „Dateisystem“ entscheidend, dass die Daten so strukturiert sind, dass sie leicht wiederauffindbar sind.
 - Widerspruch zu österr Jud. Siehe dazu insb *Fercher*, Manuelle Dateien im DSG 2000, in *Jahnel/Siegwart/Fercher*, Aktuelle Fragen des Datenschutzrechts (2007) 40.
- Für eine gemeinsame Verantwortlichkeit der Religionsgemeinschaft und der als Verkünder tätigen Mitglieder ist nicht notwendig, dass die Religionsgemeinschaft Zugriff auf die Daten erhält.

BGH: „Vererbbarkeit“ eines FB-Accounts (1)

12.7.2018, III ZR 183/12

- **Sachverhalt:**
 - 15-jährige Mädchen war von einem U-Bahn-Zug getötet worden, es bestand der Verdacht des Suizids.
 - Eltern erhofften sich von den Daten des Facebook-Kontos nähere Hinweise.
 - Außerdem: U-Bahn-Fahrers machte Schmerzensgeld- und Schadenersatzansprüche gegen die Eltern geltend.
 - Der Account war mittlerweile im „Gedenkzustand“ versetzt worden. Die entsprechenden Richtlinien von Facebook schließen die Herausgabe der Zugangsdaten aus.

BGH: „Vererbbarkeit“ eines FB-Accounts (2)

- **Entscheidung:**
 - Übergang des Nutzungsvertrages im Erbweg.
 - Einschränkung durch Nutzungsbedingungen von Facebook nicht zulässig (AGB-Inhaltskontrolle)
 - Keine Differenzierung zwischen analogen und digitalen Inhalten.
 - vgl Briefschutz gem § 77 UrhG.
 - Postmortales Persönlichkeitsrecht des Erblassers kein Hinderungsgrund.
 - Fernmeldegeheimnis ebensowenig, weil Erbe kein „Dritter“ iSd TKG ist.
 - So aber 2. Instanz.
 - Berechtigte Interessen der Erben iSd Art 6 DSGVO, insb wegen Klage und offene Frage des Suizids.

EGMR: Durchsuchung eines PC durch öffentlichen Arbeitgeber

22.2.2018, 588/13, *Libert*

- **Sachverhalt:**
 - PC eines Angestellten der SNCF war in seiner Abwesenheit durchsucht und dabei gefälschte Urkunden sowie pornographisches Material gefunden worden.
 - Angestellter hatte das gesamte Daten-Laufwerk „Persönliche Daten“ genannt.
- **Entscheidung:**
 - Durchsuchung eines Arbeitscomputers (laut frz Rsp + RL der SCNF) in Abwesenheit des Betroffenen grundsätzlich erlaubt.
 - Allerdings beschränkt auf jene Daten, die nicht eindeutig als privat gekennzeichnet worden sind → Spezialverfahren.
 - Kennzeichnung war nicht eindeutig, weil auf einem dienstlichen PC nicht die gesamte „Festplatte“ für private Zwecke genutzt werden kann.

EGMR: Verdeckte Videoüberwachung am Arbeitsplatz (1)

EGMR 9. 1. 2018, 1874/13 ua, *López Ribalda* (Verweis an Große Kammer, mündliche Verhandlung fand am 28.11.2018 statt).

- **Sachverhalt:**
 - Der Betreiber eines Supermarktes bemerkte unerklärliche Fehlstände im Lager und in den Kassen.
 - Daraufhin installierte er Videokameras und überwachte die Bereiche über einen längeren Zeitraum.
 - Keine Kennzeichnung, die nach spanischem Datenschutzrecht verpflichtend war.
 - Erfolg: Fünf Mitarbeiterinnen wurden überführt und entlassen.

EGMR: Verdeckte Videoüberwachung am Arbeitsplatz (2)

- **Entscheidung:**
 - Videoüberwachung war unverhältnismäßig, weil
 - mangelnder Anfangsverdacht gegen bestimmte Personen.
 - Mitarbeiterinnen hatten aufgrund des gesetzlichen Kennzeichnungsgebots eine berechnigte Erwartungshaltung.
 - Kein Beweisverwertungsverbot.

EGMR: Löschung aus dem Online-Archiv eines Mediums (1)

28.6.2018, 60.798/10, M.L. und W.W./Deutschland („Sedlmayr“)

- **Sachverhalt:**
 - Zwei verurteilte Mörder (ehemaliger Ziehsohn Seldmayrs und dessen Halbbruder) hatten während der Verbüßung ihrer Haftstrafe mehrfach Anträge auf Wiederaufnahme gestellt und dies auch der Presse kommuniziert.
 - Die entsprechenden Berichte (unter voller Namensnennung) waren in diversen Online-Archiven abrufbar.
 - Die Betroffenen stellen Anträge auf Löschung bzw Anonymisierung.

EGMR: Löschung aus dem Online-Archiv eines Mediums (2)

- **Entscheidung:** EGMR bestätigt BGH-Rsp
 - Die Berichterstattung war wahrheitsgetreu und objektiv.
 - Das beträchtliche Interesse der Öffentlichkeit an einem Strafverfahren aufgrund des schwerwiegenden Charakters der Ereignisse und der Prominenz des Opfers anzuerkennen.
 - Ein Online-Archiv trägt weiterhin zu einer Debatte von allgemeinem Interesse bei.
 - Insb aufgrund der Tatsache, dass sich die Betroffenen an die Presse gewandt haben, war das Interesse der Betroffenen, nicht mehr mit ihrer Verurteilung konfrontiert zu werden, von geringer Bedeutung.

Entscheidungs-Statistik DSGVO

| Spruchkörper | Entscheidungen (rk) |
|--------------|---------------------|
| VfGH | 0 |
| VwGH | 0 |
| OGH | 3 |
| BVwG | Ca 10 |
| LVwG | 0 |
| DSB | 11 |

Quelle: RIS